

Alles neu macht der Mai

Das bekannte Volkslied „Alles neu, macht der Mai“ beschreibt die unbändige Erneuerungskraft des Frühlings. Tatsächlich ist die Natur in den letzten Wochen vom langen Winterschlaf erwacht. Und wie!

Anfang Mai wird aber auch der Kantonsrat die neue Legislatur starten. Dürfen wir auch mit Neuerungen in der kantonalen Politik rechnen? Im Gegensatz zur Natur wird sich in der kantonalen Politik im Grundsatz wenig bis gar nichts verändern. Zwar werden auch in der neuen Legislaturperiode zahlreiche Normen erlassen oder revidiert und die Anzahl der persönlichen Vorstösse wird auch nicht abnehmen. Die Dynamik des Ratsbetriebs ist erheblich, die effektive Wirkung aber gering.

Die direkte Demokratie wird wohl von allen Politikern als grosse Errungenschaft der Schweiz gepriesen. Leider hat sich insbesondere auf der Stufe Kanton ein Trend eingeschlichen, welcher genau das wichtige Element der Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger sowie des Parlaments schmälert. Zwar blieben die gesetzlichen Grundlagen im Bereich der politischen Rechte unangetastet. Der Abbau der Mitsprachemöglichkeiten wurde durch die Hintertür eingeführt.

Eine beliebte Methode ist die so genannte Überflutungstaktik. Es wird zu einem Thema so viel Papier produziert, bis sicher ist, dass kein Milizler das Ganze lesen kann. Irgendwo, sagen wir etwa auf Seite 137, wird dann in einem Satz eine wesentliche Aussage zur Vorlage gemacht. Das Motto lautet „Hund ist drin, sucht ihn“.

Echt fragwürdig sind auch die Aktivitäten im Haus der Kantone. Im Palast der kantonalen Direktoren werden auf Expertenebene viele Grundlagenpapiere erarbeitet, welche zwar nicht Gesetzescharakter haben, ihre Anwendung wird aber in den kantonalen Verwaltungen nicht ohne Not geschmälert. Ohne demokratische Legitimation werden also faktisch Normen auf Direktorenebene erlassen.

Die bestehenden Zuständigkeitsregeln im Kanton sind auch nicht eben hitverdächtig. Beispielsweise hat die Regierung über die Verwendung der 475 Goldmillionen des Bundes in eigener Kompetenz entschieden. Die Vereinigung der Bürger- und der Einwohnergemeinde Kammersrohr war aber nur über einen Kantonsratsbeschluss möglich. Auch die Nichtteilnahme am Bundesprojekt „Neue Regionalpolitik“ (NRP) wurde auf Stufe Regierungsrat beschlossen. Mit Ausnahme der Kantone Zug und Solothurn haben alle übrigen Kantone die NRP als Chance genutzt und teilweise erhebliche Bundesmittel beispielsweise für Tourismusförderungen in strukturschwache Regionen geschleust. Verhindern kann leider nicht sanktioniert werden. Nichts tun ist nicht verboten. Wenn sich aber ein Controller in einer Detailangelegenheit räuspert, machen selbst Mitglieder des Regierungsrates eine geistige Achtungstellung. Das Räuspern wird dann höher gewichtet als eine praxiserprobte Verhandlungslösung zwischen mehreren Partnern. Treu und Glauben zählen wenig.

Schliesslich dürften weiterhin die Kompetenzen der Gemeinden weiter eingeschränkt, ihre Finanzierungspflichten aber erhöht werden. Dieses System ist zwar falsch, ist aber die erprobte Möglichkeit den Einfluss der Verwaltung zum Nulltarif zu erhöhen.

Es ist anzunehmen, dass all diese weniger schönen Aspekte unseres Staates nicht absondern weiter ausgebaut werden. Die Staatsbürokratie will es so. Der Mai macht halt doch nicht alles neu.